

Ökologischer Umbau

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister und Stefan Stache¹

Foto: © Boonyachot – Getty Images/Stockphoto.



Die Staaten müssten den Klimanotstand ausrufen, bis Klimaneutralität zum Jahr 2050 erreicht sei, forderte der UN-Generalsekretär António Guterres während des virtuellen Klimagipfels im Dezember. Fünf Jahre nach dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens kritisierte er die bei weitem nicht ausreichenden Maßnahmen gegen die globale Erwärmung, die nach derzeitigem Stand zum Ende des Jahrhunderts über 3 Grad Celsius erreichen könne.² Welche gravierenden sozialen und ökologischen Konsequenzen durch eine Erderwärmung um zwei Grad Celsius zu erwarten sind, hat der Weltklimarat IPCC vor zwei Jahren anschaulich herausgearbeitet. Er hatte die erheblich weitreichenderen Folgen gegenüber einer Erwärmung um 1,5 Grad aufgezeigt. Sofern sich die Erwärmung im bisherigen Ausmaß fortsetze, würde die Marke von 1,5 Grad zwischen den Jahren 2030 und 2050 erreicht.³ Mittlerweile deu-

tet der Green Deal der EU zumindest einen gewissen Schub für die Klimapolitik an, bei der aus den vorhandenen und gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen rund um Kipppunkte auch wirksames Handeln folgen könnte. Gleichwohl steht die konkrete Ausgestaltung des Green Deals noch aus, um die konkrete Klimaregulierung wird gestritten. Das Europaparlament hatte im Oktober das Klimaziel dahingehend verschärft, dass bis 2030 der Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent statt nur um 40 Prozent sinken soll. Klimaneutralität soll bis zum Jahr 2050 erreicht werden. Demgegenüber streben die Staats- und Regierungschefs der EU eine Senkung von nur 55 Prozent an. Dieser Streit wird bis ins nächste Jahr weitergehen. Unklar ist zudem, mit welchen Maßnahmen die Reduzierung erreicht werden soll.

Der Weg in Richtung Klimaverträglichkeit ist zumindest kein europäischer Alleingang, denn auch China strebt – allerdings erst bis 2060 – Klimaneutralität an. Joe Biden kündigt an, den

1 Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär. Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

2 vgl. Der Tagesspiegel (12.12.2020): Merkel sagt 500 Millionen Euro Klimagelder zu, Guterres fordert „Klimanotstand“, <https://www.tagesspiegel.de/politik/un-klimagipfel-am-samstag-merkel-sagt-500-millionen-euro-klimagelder-zu-guterres-fordert-klimanotstand/26713406.html>.

3 vgl. IPCC (2018): 1,5 °C globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische

Entscheidungsträger, Genf, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2020/07/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf.

Ausstoß von Treibhausgasen der USA bis zum Jahr 2050 per Saldo auf Null abzusenken.⁴

In diesem Frühjahr erregte der große Vermögensverwalter BlackRock Aufsehen, als in einem Brief an die Unternehmen auf den Zusammenhang von Klimarisiko und Anlagerisiko hingewiesen und stellvertretend für viele andere Anleger eine Abkehr von Investitionen in fossile Energieträger angemahnt wurde. Erleben wir eine Veränderung politischer und ökonomischer Dynamiken, in denen Umweltechnik und der Aufbau einer klimagerechten Produktionsweise und eines entsprechenden Mobilitätssystems als neue Wachstumsfelder erkannt werden und zum Klimaschutz entscheidend beitragen?

Zunächst einmal stehen auch in der EU und in Deutschland die hinreichenden klimapolitischen Maßnahmen noch aus, um die eigenen Ziele zu erreichen.⁵ Zwar sind z.B. für Deutschland erhebliche Effizienzgewinne erreicht und Emissionen abgebaut worden. Sowohl jene Erneuerbarer Energien gerieten jedoch in den 2010er Jahren ins Stocken.⁶ Die klimapolitischen Maßnahmen und Strategien sind umstritten. Die Proteste von Fridays for Future und gegen den Kohleabbau haben die Politik unter Zugzwang gesetzt. Zwar haben sich politische Paradigmen teilweise verschoben. Trotz dieser Teilverschiebungen sind jedoch grundlegende nicht nachhaltige Mechanismen der kapitalistischen Pfade weiterhin wirksam und prägen auch nach ökologischen Teilmodernisierungen die industriellen Strukturen. Hinter dem Transformationsbegriff stehen häufig Debatten technologischer Modernisierung, die einen teils beliebigen Charakter angenommen haben. Darunter firmieren sowohl große Pfadveränderungen als auch deren relative Konservierung: so zum Beispiel Ordnungsvorstellungen eines

marktgetriebenen grünen Kapitalismus, teils auch sozial- und ökologisch gerechterer Modernisierung oder grundlegender sozialistisch-ökologischer Strukturveränderungen bis hin zu wirtschaftlicher Demokratisierung.⁷

Ob und inwieweit die Fragen globaler natürlicher Ressourcen und Ungleichheiten innerhalb bisheriger Pfade bearbeitet werden können, wird kritisch diskutiert. Neben den Debatten über Strategien und Instrumente nachhaltigerer qualitativer Wachstumspfade wuchs in den letzten Jahren die Kritik an Paradigmen und Folgewirkungen des kapitalistischen Wachstums. Zu den prominentesten zählen die Deutungen und Theorien der „imperialen Lebensweise“⁸ sowie der „Externalisierung“⁹, das heißt unter anderem der Verlagerung sozialer und ökologischer Kosten des Wachstums vor allem auf Länder des globalen Südens.

Den Ausgangspunkt des vorliegenden Heftschwerpunktes bildet eine Analyse des um den weit über die Linke hinaus verwendeten Begriffs der Transformation und der um ihn kreisenden Theorien und Konzepte. Wir wollen zentrale Fragen von Postwachstumsstrategien kontrovers diskutieren und Möglichkeiten ebenso wie Grenzen von industriepolitischen Ansätzen für eine nachhaltigere Ökonomie exemplarisch beleuchten. Im ersten Schritt schauen wir dabei vor allem auf die deutsche Debatte.

Im neuen Jahr wird sich spw in diesem Kontext eingehender mit der internationalen Dimension und globaler ökonomischer und ökologischer Ungleichheit beschäftigen. Eine gute Einstimmung für die Zeit zwischen den Jahren bietet der ARD-Fernsehfilm *Ökozid*, der in der Mediathek verfügbar ist. Handlungsstrang ist hier im Jahr 2034 die Klage von 31 Staaten des Globalen Südens vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auf Schadensersatz für die vom Norden verursachten Folgen des Klimawandels im Süden.

4 vgl. Die Zeit (12.12.2020): António Guterres fordert Ausrufung des Klimanotstands, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-12/klimagipfel-antonio-guterres-ausrufung-klimanotstand-angela-merkel>.

5 So begrüßte z.B. Germanwatch grundsätzlich die jüngsten klimapolitischen Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU, verdeutlichte jedoch auch die noch ausstehenden klimapolitischen Schritte innerhalb der EU und kritisierte die mangelnde Unterstützung für Länder des Globalen Südens in der Klimapolitik, vgl. Germanwatch (2020): Klima-Einigung beim Gipfel: Ein großer Schritt für die EU, aber noch nicht ausreichend für globales Klimaziel, <https://germanwatch.org/de/19695>.

6 vgl. Felix Matthes in diesem Heftschwerpunkt.

7 vgl. Dieter Klein im Heftschwerpunkt.

8 Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom Verlag.

9 Lessenich, Stefan (2019): Mitgegangen, mitgefangen, in: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, S. 57-73.

Nachhaltigkeit als Reformprinzip

Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik zu begreifen, ist eine der langen Linien von spw. Insbesondere Horst Peter, der 2012 verstorbene spw-Herausgeber, hat dieses Politikfeld in unseren Zusammenhang getragen und mit großer Ausdauer sowohl auf die Bearbeitung der ökologischen Frage bei Marx¹⁰ als auch die Verschränkungen zwischen globalen ökonomischen Machtstrukturen, Ressourcenverbrauch und ökologischen und sozialen Ungleichheiten¹¹ hingewiesen. Zudem integrierte er verschiedene konkrete und international gedachte Reformkonzepte und stieß Debatten über diese an.

Mit diesem spw-Schwerpunkt wollen wir auch den Versuch unternehmen, an diese ökologisch-sozialistische Tradition anzuknüpfen. Im Sinne der jüngst bei spw diskutierten Strukturereformen geht es beispielsweise darum, den Energiesektor entlang des Dreiklangs aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der weiteren Elektrifizierung grundlegend zu verändern.¹² Dabei geht es nicht allein um Technik, sondern auch um Demokratisierung. Ein bedarfsgerechter Ausbau öffentlicher Mobilität vor allem auf der Schiene könnte eine Mobilitätswende einleiten, die über die Elektromobilität in der Automobilwirtschaft hinausweist.¹³ Nicht zuletzt sollten wachsende Sektoren öffentlicher personennaher Dienstleistungen langfristige eine wesentliche Rolle im ökologischen Strukturwandel spielen.

Wer soll diese grundlegenden Veränderungen anstoßen? Ein Autorenteam um Mariana Mazzucato und Rainer Kattel warnen vor allzu großen Hoffnungen in Marktmechanismen und betonen, dass die „Märkte ... nicht von sich aus eine grüne und integrative Richtung für Innovationen finden“ werden und plädieren für die Rolle öffentlicher Politik. Mazzucato u.a. führen aus: „Um zu verhindern, dass die Innovation {sic!} weiterhin

auf einem kohlenstoffreichen Pfad verlaufen, der mit zunehmender Ungleichheit gepflastert ist, und um stagnierenden Innovationslandschaften den Rücken zu kehren, muss die öffentliche Politik sicherstellen, dass Investitionen in kohlenstoffarme und integrative Innovationen belohnt werden. Dies kann erreicht werden, indem die gesamte und koordinierte Palette staatlicher Instrumente genutzt wird“ ... „sie kann eine klare Richtung vorgeben, die ersten risikoreichen Investitionen tätigen, die später private Akteure anziehen, und diejenigen belohnen, die bereit sind, zu investieren und innovativ zu sein.“¹⁴ Hinsichtlich der Machbarkeit der Klimaverträglichkeit hat jüngst die Agora Energiewende eine Studie vorgestellt, wie Deutschland bis 2050 klimaneutral werden kann.¹⁵ Konzepte sind vorhanden, die Umsetzung wird zur Machtfrage und zum Konfliktfeld.

Über den fachlichen Blick auf dieses Politikfeld hinaus geht es auch darum, die Potentiale für einen sozialökologischen Umbau auszuloten. Sozialökologische Reformkonzepte brauchen auch Akteur*innen und tatsächlich tut sich etwas u.a. bei Wohlfahrtsverbänden und Umweltbewegung. Erfreulicherweise haben in diesem Sommer der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Der Paritätische politische Anforderungen an ein Konjunkturpaket formuliert und dies als Einstieg in eine sozial-ökologische Reformperspektive verstanden.

Dies ist ein richtiger Startpunkt, damit soziale Bewegungen, Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien vor der anstehenden Bundestagswahl Gemeinsamkeiten und Reformperspektiven ausloten können.

Dies verstehen wir auch als Aufgabenfeld für die sozialdemokratische Linke. Die im Schwerpunkt versammelten Beiträge weisen eine große Spannweite rund um die Gretchenfrage des Wirtschaftswachstums sowie der Reformverständnisse auf. Diese Vielfalt darzustellen, ist Ausgangspunkt für die produktive Suche nach

10 vgl. Peter, Horst (2002): Nachhaltigkeit als Reformprinzip, in: Burchardt, Ulla/Rünker, Reinhold (Hrsg.): Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter. spw-Verlag, Dortmund, S. 9-22.

11 vgl. Peter, Horst (2009): Für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung, in: spw 7/2009, S. 28-33.

12 vgl. Kremer, Uwe (2017): Kurzum, in: spw 5/2017, S. 4.

13 vgl. Fabian Weißbarth im Heftschwerpunkt.

14 Haverkamp, Keno et al. (2020): Industriestrategie der nächsten Generation für Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, Heft 10, S. 757-762. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/10/beitrag/industriestrategie-der-naechsten-generation-fuer-deutschland.html>

15 vgl. Agora Energiewende (2020): Wie Deutschland bis 2050 klimaneutral werden kann – Hauptstudie erschienen, <https://www.agora-energiawende.de/presse/neuigkeiten-archiv/wie-deutschland-bis-2050-klimaneutral-werden-kann/>

Gemeinsamkeiten. Die Suche nach Gemeinsamkeiten wird dringlicher und ist nötig. Auf dem Weg zur Bundestagswahl ist die sozialdemokratische Linke gut beraten, die Verständigung auf ein soziales und ökologisches Reformprojekt voranzutreiben und so ein progressives Projekt nach bzw. inmitten der Corona-Krise anzubieten.

Die Artikel des Heftschwerpunkts

Im Sinne einer qualitativen Definition gesellschaftlichen Wohlstands argumentiert *Olaf Bandt*, indem er fordert, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch einen Wohlfahrtsindex abzulösen, der „zusätzliche ökologische und soziale Kriterien, ihrer Bedeutung entsprechend gewichtet, bewertet und einbezieht.“ Modelle der Gemeinwirtschaft wirkten im Gegensatz zu renditeorientierten Modellen ressourcenschonend und seien verteilungsgerechter. Die Energiewende müsse durch Effizienz- und Suffizienzprogramme vorangetrieben werden. Hierzu zählt er regionale und genossenschaftliche Strukturen des Bürger*innenengagements im Energiesektor, gemeinschaftlich organisierte Initiativen im Verkehrssektor und den Aufbau grüner Finanzstrukturen und am Gemeinwohl orientierter Genossenschaftsbanken.

Der Begriff der Transformation ist allgegenwärtig und wird zumeist als langfristiger gesellschaftlicher Umbruch verstanden.¹⁶ Weder bezeichnet er zwangsläufig progressive Veränderungen oder die Stabilisierung oder Schwächung von gesellschaftlichen (Herrschafts)mechanismen. Daher können sich selbst konservative industriepolitische Strategien auf ihn beziehen. Sie zielen darauf ab, den auf fossile Energien und der Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen fußenden Pfad möglichst lange fortzuschreiben und ihn zum Teil durch grüne Technologien zu modernisieren, um die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Industrien zu erhalten und auszubauen.

Dieter Klein gibt in seinem Artikel über Transformationsdebatten und -theorien sowie linke Lernprozesse zunächst einen Einblick in aktuelle Transformationsverständnisse. Klein definiert

Transformation als zielgerichtete nachhaltige Entwicklung. Er schließt an die Transformationstheorien Karl Polanyis und Eric Olin Wrights und z.T. auch an die Herforder Thesen und die 53 Thesen für einen modernen Sozialismus an und skizziert eine Strategie der „doppelten Transformation“. Jene Transformation gründe auf langfristigen systemüberwindenden Reformen, ohne in Etappen zu denken.¹⁷ Die Aufgabe eines (unwahrscheinlichen) rot-rot-grünen Bündnisses sei die Umsetzung „radikaler Realpolitik“, wodurch ein Richtungswechsel eingeleitet und vorangetrieben werde.

Eine zentrale Kontroverse in den Debatten um Postwachstum bzw. zwischen Vertreter*innen von Degrwoth-Strategien einerseits und von Konzepten qualitativen/selektiven Wachstums andererseits besteht darin, ob und inwiefern die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist. Die vollständige Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050 erfordere eine absolute Entkopplung, so *Max Hollweg*. Selbst in einigen OECD-Ländern sei jedoch lediglich eine relative Entkopplung zu beobachten. Zudem beruhe ein Teil der CO₂-Einsparungen auf der Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten. Nötig sei eine drastische Verringerung des Material- und Energieverbrauchs. Auch eine Kreislaufwirtschaft erbrächte keine Lösung, wenn sie dazu diene, die Verbräuche des globalen Nordens aufrecht zu erhalten. Anstelle des Wachstums des BIP müssten gesellschaftliche Grundbedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Der Ab- und Umbau der Industrie müsse z.B. durch Arbeitszeitverkürzung begleitet werden. Eine zentrale Rolle spielten gemeinwohlorientierte (care) Dienstleistungen und Infrastrukturen.

Aus einer Postwachstumsperspektive des selektiven Wachstums hält *Holger Rogall* fest, ein derartiges Ziel fordere nicht weniger als einen nachhaltigen Umbau der Volkswirtschaften (Transformation) bei dem die heutigen nicht zukunftsfähigen Produkte, Verfahren und

¹⁷ Demokratischer Sozialismus sei, so der Autor in demselben Artikel, „nicht unmittelbar als nächste historische Formation nach dem neoliberalen Kapitalismus, aber auch nicht erst nach einem hoffentlich erreichbaren postneoliberalen Kapitalismus und säuberlich getrennt von diesem zu erreichen. Vielmehr kommt es darauf an, bereits in den kapitalistischen Verhältnissen jeden „Vor-Schein“ des künftig Möglichen aber „Noch-nicht-Gewordenen“ (Ernst Bloch) zu erkennen, zu entfalten“.

Strukturen durch nachhaltige ersetzt würden. Voraussetzungen seien „(1) ein verstärkter Einsatz politisch-rechtlicher Instrumente, (2) ein Strukturwandel, (3) Innovationen (Technologiesprünge) und (4) moderate Wachstumsraten (kleiner als 2 Prozent) sowie eine konsequente Entwicklung der drei Strategiepfade des nachhaltigen Wirtschaftens (Effizienz, Konsistenz und Suffizienz)“. Zugleich müssten globale und nationale Verteilungsprozesse umgekehrt werden.

Felix C. Matthes arbeitet heraus, dass es in Deutschland nach einer Phase der Effizienzgewinne und der Emissionssenkung ab den 2010er Jahren zu einer Stagnation in der Emissionsreduktion gekommen war. Trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien seien keine wesentlichen Emissionsminderungen mehr erzielt worden und ab 2005 seien die Emissionen aus der Pkw-Nutzung wieder gestiegen. Zudem wurde der Ausstieg aus Kohleverstromung beschlossen, zugleich geriet jedoch der Ausbau erneuerbarer Energien auch aufgrund des „hochkomplex gewordenen Finanzierungsmechanismus“ ins Stocken. Als Herausforderungen hebt er u.a. den „Markthochlauf und die Marktdurchdringung der verschiedenen Klimaneutralitätsoptionen“, den „Marktaustritt der CO₂-intensiven Alttechnologien“ und Innovationsprozesse hervor. Klimapolitik entscheide sich weniger durch die Verfügbarkeit von Technologien oder Kostenfragen, sondern konsistente Strategien.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze stellt Maßnahmen für eine treibhausgasneutrale Industrieproduktion bis zum Jahr 2050 vor. Sie reichen von der technologischen Modernisierung u.a. durch eine Nationale Wasserstoffstrategie über die Ausweitung der Mitbestimmung, über die Ansiedlung neuer Branchen in strukturschwachen Regionen bis hin zur verbesserten Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

Nicht erst seit der vermehrten Nutzung digitaler Kommunikation während der Pandemie werden die Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung durch die Digitalisierung diskutiert. *Tilman Santarius* kann mit seinen Überlegungen für eine nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung in einem qualitativen/se-

lektiven Wachstumspfad verortet werden. So verbrauchen die Internetnutzer*innen bereits heute rund zehn Prozent des Stroms weltweit. Dieser Anteil könne bis zum Jahr 2030 je nach Ausmaß der Digitalisierung auf 30 oder sogar 50 Prozent ansteigen. Hinzu komme der ökologische Fußabdruck der Geräte und der Rechenzentren durch deren erheblichen Verbrauch knapper Ressourcen und der wachsende E-Commerce. Daher gelte es, u.a. die Ressourceneffizienz zu steigern, z.B. durch eine Designrichtlinie und dafür die gemeinwohlorientierte Nutzung von Datenbeständen zu erleichtern.

In Debatten um eine Mobilitätswende steht oftmals die Elektromobilität im Vordergrund. Dabei geraten die Möglichkeiten der öffentlichen Mobilität und insbesondere des Schienenverkehrs in den Hintergrund. *Fabian Weißbarth* fordert, nicht allein die Modernisierung des Automobilsektors, sondern die Mobilität in Richtung klimafreundlicher öffentlicher Verkehrsmittel – insbesondere der Schiene – umzubauen. Bedarfsgerechte Investitionsprogramme und in den Schienenverkehr und dessen Begünstigung gegenüber dem Individualverkehr könnten auch dessen Beschäftigungspotenziale nutzen.

Philipp Fink und *Max Ostermayer* gehen auf Basis einer von der FES in Auftrag gegebenen Studie zu den Beschäftigungseffekten der Energiewende davon aus, dass „die Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050 beschäftigungsneutral erreicht werden kann.“ Im Vergleich zum Basisszenario mit weniger ambitionierten klimapolitischen Anstrengungen falle das Vorzeichen leicht positiv aus.

Eine nachhaltige Industriepolitik müsse, so *Kajsa Borgnäs* und *Malte Harrendorf*, den grünen Wasserstoff ins Zentrum rücken. Gleichwohl bleibe u.a. offen, ob die notwendige Infrastruktur aufgebaut werden könne und wie die großen Mengen des notwendigen erneuerbaren Stroms erzeugt werden sollten.

Um die massiven Investitionen, vor allem in die Energiewende, trotz der Restriktionen der Schuldenbremse zu finanzieren, schlägt *Ralf-M. Marquardt* einen Energiewendefonds vor. ■